



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

07.5287.02

SiD/P075287
Basel, 31. Oktober 2007

Regierungsratsbeschluss
vom 30. Oktober 2007

Interpellation Nr. 90 Andreas Ungicht zur kantonalen Kampagne gegen Rassismus

Generell

Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft starteten im Jahr 2000 mit Unterstützung des Bundes die Informationskampagne „Tatsachen gegen Vorurteile“, die unter dem Namen „Aller Anfang ist Begegnung“ inzwischen auch von den Kantonen Aargau, Bern und Solothurn sowie ab 2008 vom Kanton Zürich mitgetragen wird. Diese Kampagne ist mittel- und langfristig ausgerichtet und dient der Information, der sachlichen Auseinandersetzung mit Integrations- und Migrationsfragen, dem Abbau von Vorurteilen und der Werbung für Begegnungsanlässe. Zur Kampagne gehören unter anderem Begegnungs- und Medienanlässe, Inserate, Plakate, die Migrationszeitung „MIX“ und Werbefilme.

Koordiniert wird die Kampagne von der im Sicherheitsdepartement angesiedelten „Integration Basel“, die unter anderem für die Planung, Koordination und das Controlling der kantonalen Integrationsmassnahmen und für die Vermeidung und Bekämpfung rassistischer Diskriminierung zuständig ist. Diese Stelle ist vom Regierungsrat seit 1998 beauftragt, eine möglichst frühzeitig ansetzende und aktive Präventions- und Interventionsarbeit zur Vermeidung von rassistischer Diskriminierung zu betreiben. Dieser Auftrag ist als kantonale Aufgabe in das neue kantonale Integrationsgesetz aufgenommen worden (§ 4, Absatz 4). Fachlich begleitet wird diese Arbeit von der kantonalen Kommission für Migrations- und Integrationsfragen, die aus zehn verwaltungsexternen Fachleuten besteht und vom Vorsteher des Sicherheitsdepartements präsidiert wird.

Im August 2007 hatten „Integration Basel“, einzelne Wirtschaftsverbände und Kommissionsmitglieder festgestellt, dass neu Zugezogene und internationale Gäste irritiert waren über die Form, wie die Ausländer-Thematik in den jüngst vergangenen Wahlkampf einfloss. Auch Niedergelassene afrikanischer Herkunft stellten im Alltag negative Veränderungen im Zusammenleben fest. Basel-Stadt hat bezüglich Weltoffenheit, Gastfreundschaft und Kompetenz in Migrations- und Integrationsfragen einen guten Ruf, so dass viele Gäste bei den Basler Behörden um Rat nachsuchten.

„Integration Basel“ startete aufgrund dieser Reaktionen neben der individuellen Beratung umgehend die Kampagne BASEL ZEIGT HALTUNG, dies zusammen mit den Landgemeinden, den Sozialpartnern und den Religionsgemeinschaften sowie weiteren Partnern. Dazu wurden unter anderem Plakate von „Aller Anfang ist Begegnung“ verwendet und ihr Aus-

hang zeitlich ausgedehnt. Die kantonale Kommission für Migrations- und Integrationsfragen unterstützte dieses zügige Vorgehen ausdrücklich. Damit hat eine breite Allianz von gesellschaftlichen Verantwortungsträgerinnen und -trägern die traditionelle Basler Offenheit und den hier gepflegten sorgfältigen Umgang mit gesellschaftlichen Problemen betont und medial auch im Ausland bekannt gemacht, dass die als fremdenfeindlich aufgefassten Formen des Wahlkampfs nichts mit der Grundhaltung in Basel-Stadt zu tun haben. Diese positive Differenzierungsleistung wurde bei den Betroffenen und vielen schweizerischen und ausländischen Medien und Fachleuten mit grosser Genugtuung zur Kenntnis genommen. Alle Partner der Kampagne beteiligen sich finanziell, sogar auch private Dritte, so dass dem Kanton keine zusätzlichen Kosten erwachsen.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Wie viel Geld hat die Intensivierung der Plakatkampagne gegen die SVP gekostet?

Es wurde keine Plakatkampagne gegen eine Partei, sondern eine nachhaltige Kampagne BASEL ZEIGT HALTUNG für Weltöffnheit, Gastfreundschaft und Kompetenz in Migrations- und Integrationsfragen gestartet. Bisher haben die Partner rund CHF 30'000.- eingesetzt.

2. Wie viel dieser Kosten trägt der Kanton Basel-Stadt?

3. Von welchem Konto oder aus welcher Kasse wurde dieser Beitrag bezahlt?

Dem Kanton entstanden keine zusätzlichen Kosten, „Integration Basel“ koordiniert generell die Arbeit für Information und sachliche Auseinandersetzung und gegen rassistische Diskriminierung und Vorurteile und verwendet dafür die im ordentlichen Budget vorgesehenen Mittel.

4. Wer hat die Intensivierung resp. die Mehrausgaben der Kampagne beschlossen?

Diese Intensivierung geschah unter Federführung von „Integration Basel“, welche, wie oben bereits dargestellt, einen entsprechenden, permanenten Auftrag hat. Die Massnahmen bezüglich BASEL ZEIGT HALTUNG wurden von der kantonalen Kommission für Migrations- und Integrationsfragen ausdrücklich unterstützt.

5. Lässt es die finanzielle Situation des Kantons zu, dass sich dieser in Abstimmungskämpfe oder Wahlkämpfe engagiert?

Der Kanton engagiert sich grundsätzlich nicht in Wahlkämpfen. Bei Abstimmungen trägt der Regierungsrat zur sachlichen Information bei oder verdeutlicht bei Bundesvorlagen, welche die Interessen von Basel-Stadt stark betreffen, seine Haltung.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Eva Herzog
Präsidentin



Dr. Robert Heuss
Staatsschreiber